Organ der Zentrumsparkei für den Saargau

Monatlicher Bezugspreis: Durch unsere Agenten 4,50 Frs. Büroe 5 ab bezogen 4,50 Frs. Zeitungsgebühr: Die spaltenlose min. Zeile, 40 mm. breit: 0,45 Frs., für Deutschland 0,50 Frs., ausgenommen zum Tageskurs, Ausland 0,90 Frs. Die 90 mm breite Reklamezeile 0,90 Frs.

Gegründet 1892

Lage- und Anzeigenblatt für Handel u. Gewerbe

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. In Saarlouis die Geschäftsstelle, Kleiner Markt Nr. 1. Telegramm-Adresse: Saarglocke. Telegraphen-Adresse: Saarglocke. Postscheck Nr. 69

Nr. 80. Saarlouis, Donnerstag, den 17. April 1924. 53. Jahrgang.

Amerika und Japan.

Ausschließung der Japaner in Amerika.

mb. Tokio, 16. April. Der japanische Außenminister Mutsui hat gestern mahnendes den Botschaftsrat der amerikanischen Blätten eine Erklärung über die Haltung der Vereinigten Staaten in der Frage der japanischen Einwanderung abgegeben. Er unterstrich, in welch ernste Sorge Japan dadurch versetzt werde und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die im amerikanischen Repräsentantenhaus geplanten Bestimmungen, die japanischen familiäre Japaner aus den Vereinigten Staaten ausschließen, abgelehnt würden. Japan sei in einer schwierigen Lage, weil es nicht die einzige wirklichkeit Stellung nehmen oder weitgehende Gegenmaßnahmen treffen, d. h. einzelnen den anderen Mächten gleich gute Behandlung zugesichert hatte. Hoffentlich würden die Vereinigten Staaten nichts tun, was die alte Freundschaft und Achtung Japans ihnen gegenüber ins Wanken bringen.

mb. Washington, 16. April. Der Senat nahm eine Vorlage über die Ausschließung der Japaner in dahinge beschlossener Fassung wie das Repräsentantenhaus an.

mb. London, 16. April. Die Times berichtet aus Washington, daß die Nachrichten über die Ausschließung der Japaner in Japan den Einfluß auf die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan haben müssen. Die Hauptursache für die japanische brutale Behandlung hat der beliebten Frage ist gewissermaßen das Schreiben, das vor kurzem von dem japanischen Botschafter an Staatssekretär Hughes gerichtet worden ist, in welchem der Botschafter von einem Frieden spricht, die durch die Annahme der Fremden Ausschließungsbestimmungen entstehen würde. Die Abstimmung wurde mit der Möglichkeit der Abberufung des japanischen Botschafters gleichgesetzt. Telegramme aus Tokio besagten, der Botschafter habe das Schreiben einer eigener Initiative verfaßt und wenn es sich so verhalte, so sei es mehr als wahrscheinlich, daß die japanische Regierung ihn nicht mehr als geeignet für seinen Posten betrachten werde. — Reuter berichtet aus Tokio, es werde in Japan behauptet, daß die Wendung „ernste Folgen", die von dem japanischen Botschafter gebraucht wurde, in Washington mißverstanden worden sei. Der Botschafter habe bestimmt verstanden, daß eine moralische Rückwirkung bei dem japanischen Volk gegenüber Amerika entstehen würde. Reuter gibt die Meinung der japanischen Blätter Jiji-Schimpo wieder, in der es heißt, daß die amerikanische Repräsentantenhaus alle Forderungen internationaler Höflichkeit und Moral außer Acht gelassen habe.

Rowlitt?

mb. Paris, 16. April. Aus Tokio wird vom 15. April gemeldet, daß Rowlitt die Leute Abrüstungsfrage und die Frage der neuen Kriegsschulden, die die Vereinigten Staaten der japanischen Einwanderung auferlegt haben, und die sich mit der Frage beschäftigen, geprüft. Die öffentliche Meinung ist durch den Beschluß des amerikanischen Kongresses sehr erregt. Die japanischen Zeitungen sind erregt gegen jener Gesetz gemäßen Amerikaner und fordern das amerikanische Volk auf, daß es sich über den Ernst der Lage Rechenschaft ablege, die durch die getroffenen Maßnahmen geschaffen worden sein.

Ruhr.

mb. Paris, 16. April. Nach einer Meldung aus Mainz hat die Haltung des Senats in der japanischen Einwanderungsfrage eine Rückwirkung auf die Verluste japanischer Staatspapiere verursacht. Die 6½prozentige Rente fiel auf 91½; eine so große Baisse war noch nie zu verzeichnen. Die Japanische Anleihe hat einen Punkt verloren. Die japanische Devise ist 41.10 notiert worden, was einer Kursverlust darstellt.

Französische Stimmen zum Abschluß der Mainzunterlage.

mb. Paris, 16. April. Die Journée Industrielle schreibt zur Erwartung der Mainzunterlage, die Frage ist heute ein Ereignis für schwermen, der ausschließlich der deutschen Bevölkerung der besetzten Gebiete. Der Politik Poincarés scheint es ein neues Hindernis gegenüber dem Anschluß und der öffentlichen Meinung in Frankreich. Der internationalen Diplomatie erspare sie eine Krise. Frankreich sei so ein Vorschlag lieber, das bei den maßgebenden Personen in Deutschland eine gewisse Tendenz entgegenkommender Art verhindern sei. Die Vorteil der deutschen Regierung an die Rheinische Volks Zeitung zu beklagen. Sicher viele Leute, unter ihnen nicht allein die Gegner der Außenpolitik, wunderten sich darüber, daß die Mainzunterlage mit einer einfachen relativen, aber nichtsdestoweniger schätzungswerten Leichtigkeit hätten erreicht werden können. Das liege daran, daß ein Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich immer noch nicht dem Ernst der wirklichen Anstrengungen, deren es bedurft habe, um den passiven Widerstand zu überwinden. Sie seien sich nicht klar über die Wirksamkeit der französischen Druck, der sich auf die Erinnerung der rheinisch-westfälischen Bevölkerung an die Besetzung stütze, den sie während dieses passiven Widerstandes durchgemachten hatten.

Der Gaulois schreibt, die Erneuerung der Mainzunterlage sei für Frankreich und Belgien, ja sogar für die ganze Welt, der Prüfstein für den deutschen guten Willen gewesen. Das Ausmaß dieses Widerstandes, der bei Beginn Widerstand Ruhr von den Machen in ein wirtschaftliches Chaos zurückgeworfen hatte, hätte man nicht die wahren Motive in Europa bestimmen können. Aber man habe sich geirrt, es sich von einem Wechsel der Mentalität der deutschen Regierung zu sprechen. Die Reparationskommission müsse so vorgehen, daß sie den Willen zur Zahlung bei Deutschland, der der deutschen Zeit des Planes der Sachverständigen entstehe. Sie müsse den Plan verbessern und verwollkommen, besser sie ihre endgültigen Entscheidungen treffe.

Die englisch-russische Konferenz.

U. London, 16. April. Die Konferenz mit den russischen Delegierten nimmt ihren erwarteten Verlauf. Es ist noch zu früh, Resultate bekannt zu geben. Wahrscheinlich wird die englische Abmachung mit Rußland auffalle der gegenwärtigen Konferenzlage bestimmt sein und wird sich auf der Basis des Handelsvertrages aufbauen, den Italien mit Rußland abgeschlossen hat. Dieser Handelsvertrag ist bereits unterzeichnet, aber die italienischen Parlamente noch nicht ratifiziert. Er regelt die Rechte der Bürger beider Länder in Handels- wie in Gewerbesachen. Er regulliert die Frage der Reise und Niederlassung und die Rechte anderer Fragen, deren Regelung für normale ökonomische Beziehungen notwendig ist. Eine Zollregelung ist zwischen Italien und Rußland gleichfalls erzielt worden. Diese Regelung gilt Zöllen von Recht einer bevorzugten Nation, sobald Italiens Waren nicht höher verzollt werden dürfen als die Waren anderer Länder. Auch dieses soll England als Basis bieten. Als Gegenleistung erwartet Rußland die Hilfe des französischen Kapitalismus, vor allem Dingen gewisse Kredite an Handelsunternehmen. Auch hierin soll England den italienischen Vorbild folgen.

Liberale Opposition gegen Macdonald.

mb. London, 16. April. Die Times berichtet über die gestrige Zusammenkunft der liberalen Partei, bei der die Beziehungen zwischen den Liberalen und der Arbeiterpartei erörtert wurden, daß die Partei eine Politik der Tat, der Wesfall erntete und die zweifellos die Stimmung der Versammlung ausdrückte, auf die Geringschätzung hinwies, mit der sowohl die Partei als auch ihre Führer von der Arbeiterpartei behandelt wurden. Die Lage wäre unmöglich und es sei an der Zeit, daß die Partei eine Gelegenheit erhalte, um die Haltung zu ändern, die ihre Mitglieder gegenüber der gegenwärtigen Regierung einnehmen sollten. Mitteilt Sache ist es mit Lloyd George einverstanden. Es wäre angebracht, die Versammlung der Parlamentsfraktion der liberalen Partei nach Ostern abzuhalten, um eine offene Erörterung der gegenwärtigen Lage vorzunehmen.

Die Lage in Serbien.

mb. Belgrad, 14. April. Im Ministerrat legte Pasitsch seine Politik dar. Die Politik des Premiers Pasitsch der Regierung gestaltete Lage dar. Nach Ansicht unterrichteter Kreise, wird die Krise längere Zeit dauern, da die Krone nicht mit den Politikern, der Skupschina, jedoch auch sämtliche Parteien zu Rate ziehen wird. Die oppositionellen Führer sind bereit, mit den Vertretern der Regierungspartei über die Bildung einer gemeinsamen Regierung in einem sogenannten Koalitionskabinett zu verhandeln, jedoch nur unter der Bedingung, daß Pasitsch und Politikerfreundlichkeit von diesen Verhandlungen ausgeschlossen werden.

Stadtverordneten-Sitzung vom 15. April 1924.

Unseren gestrigen Bericht ist ein ausführender Geschäftsbericht anzufügen. Die Geschäftsgangsnotiz der Regierungskommission für die Steuerreform bei den Fonz. Arbeiten beträgt 6000 Frs.

Im weiteren Verlauf der Dienstagssitzung des Stadtrats besprach Herr Bürgermeister Dr. Lutz die sozialpolitischen Aufgaben der Stadt im kommenden Jahre. Die weitere Aufmerksamkeit erdulden die Schulbauten und Infrastruktur orge. Die Bestimmung dieser weiteren Gesuche ist bringendes Gebot, denn bei Schulunterlassungen habe man beschränkt, die Kosten um 70 Prozent und die Schulbauten unterlassen sind. Wie stehen hier vor einer Katastrophe, wie sie in den 80er Jahren in Saarlouis herrschte. Der alte Zustand ist unhaltbar in der Kinderfürsorge müsse weiter bespielt werden. Mittel für die Tätigkeit des Schulärztes und Schulhelfer seien dringendes Bedürfnis. Nicht zuletzt müsse man auch die Wohnungsfrage ins Auge fassen. Nicht bedarfe nicht Wegnungen oder Luxus, sondern Erhöhungen der Zugend und Reinlichkeit.

Das heutige Kapital der Stadt sei jedoch die Wohnungsnot. Die Lage an Wohnungsmarkt werde immer katastrophaler. Aber jetzt die Stadt mit gebundenen Armen und ohne nur annähernd ausreichende Mittel ausgestattet. Der Wohnungsnot kann keine fruchtbare Wohnungspolitik treiben, weil es ihm nicht gelingt, neue Wohnungen zu bauen. Ein Ding, wenn die Wohnungsmaßnahmen die Aufsicht ausserer wieder wie ursprünglich auf 20 Prozent erhöhe. Diese Gelder dienen dann für Wohnungsbauten freigemacht werden. Jedoch bedarfe es nur einer Summe von 1000 auf einen jetzt heilen Stein. Der Wohnungsbauverband habe 34 Millionen Frs. durch Anleihe und langfristige Darlehen aufgebracht. Die Regierungskommission habe nur 4 Mill. Frs. Zuschuß geleistet.

Leider müsse man sich in den kulturpolitischen Angelegenheiten zurückhaltend verhalten, gerade auf den Vorteil für unsere Bevölkerung. Denn es ist eine dringende Notwendigkeit, unsere Volksschüler mit mehr Lehrmittel auszustatten. Dazu gesellen sich die Mittel bei unseren Kinder, die müssen die in nächsten Jahren einsätzlichen Fortschritt bringen.

Die Ausgaben für die höheren Schulen belegen auch eine Steigerung, obgleich für das eine größere Minderung bedeutliche Lagerung. Aber hätte man schon lange eine Zuschüttung der Lehrerbildung bis zur Universitätsstufe ins Auge gefaßt.

Ein Brandfall ist immer noch das Gebiet der Volksbildung. Der Bürgermeister dankte dem bemährten Leiter der Volksbildung Stadtbibliothek, Herrn Lehrer Weiß, der seine ganze Kraft für den Ausbau und die Zeitgestaltung dieser Bibliothek eingesetzt habe. Ein langgehegter Wunsch der Stadt ist auch ein hygienisches Museum. Hier müsse die Bürgerschaft an dem Erstehen mitwirken und ihre Alterstümmlichkeit, wenn man nur teilweise zur Verfügung helfen, damit sie weiteren Kreisen zugänglich machen. Hier müsse man auch in der Kunstpflege wirken. Zunächst das möglich sein wird, muß erst die Zukunft bringen.

Sicher sind wir noch nicht am Ende unserer Arbeit. Wir waren nicht in der Lage, der Steigerung der Ausgaben eine entsprechende Einnahme entgegen zu bringen. Unsere Bestrebungen müssen fortgesetzt werden, bis auch die Steuerzahler ein Einsehen sich die Kaufkraft des Publikums, Zeigers sich der Geschäftstreiche und die Einnahmen der Stadt. Möge die Zukunft Einsicht und ein Aufschreit sein, sondern ein Fortschritt.

Herr Oberbürgermeister schlägt für die Beratung des Etats vor, die Ausgaben und Einnahmen durchzugehen. Diese Ausgaben setzen dann als Richtlinien für die Festsetzung der Einnahmen.

Herr Hauptmann äußert sich generell zu dem ganzen Plane. Er begrüßt den in Aussicht genommenen Abbau des Polizei. Er hörte jedoch nicht soweit reichen, daß die Sicherheit der Stadt gefährdet werde. Bei den jetzt bestehenden Verhältnissen bilden er auf die Anlagen um das Trotzdem ein besonderes Rätsel zu nehmen.

Herr Bürgermeister Dr. Lutz antwortet auf die Verhandlungen hin, die bereits 1919 über den Ausbau Saarlouis—Roden geführt wurden. Die Kanalisierung von Saarbrücken spielt eine außerordentliche Rolle, da es verhindert, alles zu monopolisieren. Der Abg. Hansen schlägt darum vor, eine Kommission zu bilden, die diese außerordentliche Aufgabe speziell bearbeitet.

Der Bürgermeister Saarlouis—Zentralamtes belege er Ernäßerung beiden Kommunen, die zum Vorteil beider Gemeinden einfließt. In seinen Ausführungen zur Wohnungspolitik hätte sich Herr Hansen der Meinung des Herrn